



Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Signatur

B 12542

AUS DER BIBLIOTHEK VON

JULIUS
LANDMANN

6. VIII. 1877 — 8. XI. 1931

PROFESSOR DER
STAATSWISSENSCHAFTEN

BASEL 1910—1927

KIEL 1927—1931

Die
Besteuerung der Wechsel

und anderer
dem kaufmännischen Verkehre dienenden Privaturkunden
in den europäischen Staaten.

Ein Beitrag
zur
vergleichenden Finanzgesetzkunde

von
Carl Freiherrn von Czoernig
k. k. Finanz-Commissär.



TRIEST
In Commission bei F. H. Schimpff.
1870.

Bestimmung der Wechsel
und anderer
EUTOP
des ökonomischen Vergleichs der ökonomischen Privatverhältnisse
in den europäischen Staaten.



Vergleichende ökonomische Verhältnisse

von Freiherrn von Gossler

Verlag von W. H. F. Schmidt

Buchdr. des Oesterr. Lloyd.

Vorwort.

Von Jahr zu Jahr wächst der kaufmännische Verkehr und mit ihm die Zahl und der Werth der das Bargeld ersetzenden und zum Ausdruck und Umsatze der im Handel verwendeten Summen dienenden Werthpapiere, unter welchen Wechsel und Anweisungen an Ordre den ersten Platz einnehmen.

Als Beispiel des erwähnten Aufschwunges sei erwähnt, dass in Belgien, welches durch die Form seiner Stempelzeichen in der Lage ist, die Wechselsteuern abgesondert von andern in Stempelform einflussenden Staatseinnahmen nachweisen zu können, im Jahre 1849 für 892,888, 1863 aber für 2,034,482 Stück Wechsel die Abgabe entrichtet wurde. Nach einer in dem „Budget des Voies et Moyens pour l'exercice 1866“ angestellten Durchschnittsberechnung betrug der Werth dieser Papiere im ersteren Jahre 510, im letzteren 1459 Millionen Frs.

Die Stückzahl nahm also in 14 Jahren um 128%, der Werth um 186% zu.

Die Chefs der inländischen Einkünfte des englischen Staates berichten in dem im Jahre 1869 beiden Häusern des Parlamentes vorgelegten Staatsrechnungsabschlusse (Twelfth report of the Commissioners of Her Majestys inland revenue on the inland revenue), dass die aus den Gebühren für Wechsel und Schuldscheine erzielten Staatseinnahmen, welche in dem am 31. März 1859 abgelaufenen Jahre L. 457.438 betragen hatten, vom 1. April 1867 bis letzten März 1868 sich auf L. 690.440 beliefen — eine Zunahme von 51%.

Verdienen nun die Abgaben von den besprochenen Werthpapieren mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Staatsbürger wegen der durch dieselben herbeigeführten Belastung, von Seite der Staatsverwaltung wegen des stetig sich hebenden Erträgnisses, so ist es geboten, die in den einzelnen Staaten hierüber bestehenden Gesetze in Bezug auf ihre Billigkeit, rationelle Anlage und Ausführung, und auf die Höhe der durch sie normirten Abgabensätze zu prüfen.

Eine solche Prüfung, wie überhaupt eine eingehendere Betrachtung irgend eines Steuergesetzes kann aber nicht erfolgen, ohne dass die entsprechenden Gesetze anderer Staaten in Vergleichung gezogen werden.

Der Verfasser beruft sich hinsichtlich der Nothwendigkeit von Arbeiten vergleichender Finanzgesetzkunde auf die in dem Vorworte zu einem seiner früheren Werke („Die Abgaben von den Uebertragungen unbeweglichen Eigenthumes in der österreichisch-ungarischen Monarchie, Frankreich, Preussen, England, Russland, Baiern und den Cantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft“ Triest 1869) enthaltene Beweisführung.

Derselbe bemerkt bei diesem Anlasse, dass das obenerwähnte Buch in einigen Besprechungen literarischer Blätter irrthümlicherweise dem k. k. wirklichen geheimen Rathe *Carl Freiherrn von Czoernig* zugeschrieben wurde. Der Unterzeichnete hat die Ehre ein Sohn dieses um die Statistik und Ethnographie Oesterreichs und die Finanzwissenschaft so verdienten Gelehrten zu sein.

Die Schwierigkeit des Bezuges der Quellen war Anlass, dass die Gesetze einiger Staaten Europas in der gegenwärtigen Arbeit nicht behandelt werden konnten, nämlich jene des Kirchenstaates, Liechtensteins, von Montenegro, Norwegen, der Schweiz und der Türkei. Die Gesammtoberfläche dieser Staaten, 13.140 □ Meilen, beträgt nur 7.3%, ihre Einwohnerzahl, rund 15,640.000, nur 5.3% der bezüglichen Gesammtziffer unseres Welttheiles, somit glaubt der Verfasser den Titel insoferne gerechtfertiget zu haben, als sich derselbe auf alle europäischen Staaten bezieht.

Es obliegt mir noch die Eintheilung der gegenwärtigen Arbeit darzulegen und zu begründen.

Das erste Capitel enthält die Bezeichnung der Papiere, deren Besteuerung in Betracht gezogen wird, und die allgemeinen gesetzlichen Anordnungen, insoferne sie nämlich nicht in einem der folgenden Absätze behandelt werden.

Das zweite Capitel stellt die Vorschriften über die Art der Entrichtung der Abgabe dar, das dritte die Strafbestimmungen für Gesetzesübertretungen. In der vierten Abtheilung werden in Form einer übersichtlichen Tabelle sämmtliche zu Anfang des Jahres 1870 in den hier behandelten Staaten in Geltung befindlichen Tarife für die Abgaben von Privaturkunden,

welche dem kaufmännischen Verkehre dienen, vergleichend aufgeführt.

Im fünften und letzten Absatze endlich entwickelt der Verfasser seine aus der Vergleichung der verschiedenen Gesetzgebungen gezogenen Folgerungen und Vorschläge.

Diese letzteren können nur in der rechtlichen Natur der hier behandelten Papiere, dann in den allgemeinen Grundsätzen der Finanzwissenschaft begründet sein, und die Abschaffung gewisser in verschiedenen Staaten bestehenden abnormen oder geradezu ungerechten Vorschriften, oder die Einführung von billigen Erleichterungen anbahnen. Dagegen wäre es nicht passend, ein specielles System, sei es ein schon bestehendes, sei es ein in Vorschlag gebrachtes, als ein absolut bestes, allen Bedürfnissen Rechnung tragendes zu empfehlen, da die ausserordentlichen Unterschiede in dem Wohlstande der einzelnen Nationen, in der Ausbildung der Steuersysteme, in der Entwicklung des Verkehres, welche bei einem Territorium, wie das hier in Betracht gezogene unvermeidlich sind, eine solche gleichmässige Behandlung mannigfaltiger, auf verschiedenen Stufen nationalökonomischer Entwicklung stehenden Staaten nicht zulassen.

Triest, im April 1870.

Czoernig.

Capitel I.

Bezeichnung der Werthpapiere, welche der Abgabe unterliegen,
und Darstellung der allgemeinen Vorschriften.

Baden.

In diesem Grossherzogthume unterliegen die Wechsel und die anderen dem kaufmännischen Verkehre dienenden Papiere keiner Steuer.

Baiern.

Eine Stempelung der Wechselbriefe und anderer Handelseffecten an und für sich ist nicht vorgeschrieben.

Bloss dann, wenn dieselben im Falle eines Rechtsstreites bei Gericht producirt werden, unterliegen sie nach dem Gesetze vom 18. December 1812 dem Gradationsstempel, welcher durch Beilegung eines entsprechenden Stempelbogens entrichtet wird.

Diese Abgabe beträgt für Summen:

von	1 bis	49 fl.	. . .	— fl.	3 kr.
"	50	" 99	" . . .	— "	6 "
"	100	" 299	" . . .	— "	15 "
"	300	" 499	" . . .	— "	30 "
"	500	" 999	" . . .	1 "	— "
"	1000	" 1999	" . . .	2 "	— "
"	2000	" 2499	" . . .	3 "	— "
"	2500	" 2999	" . . .	4 "	— "

und von je weiteren 500 fl. Einen Gulden mehr, sonach durchschnittlich 0.002 des streitigen Betrages.

Diese Handelspapiere entrichten daher keine Verkehrssteuer, sondern nur bei gerichtlicher Verwendung Gerichtskosten, deren Betrag in Proportion mit ihrem Nominalwerthe steigt.

Belgien.

Den im Cap. IV dargestellten Gebührensätzen unterliegen seit dem Gesetze vom 20. Juli 1848 alle Wechsel, Ordrepapiere, die nicht negotirbaren Schuldscheine und Obligationen und die auf einen bestimmten Termin lautenden Anweisungen, welche in Belgien ausgestellt oder zahlbar sind, oder negotirt werden.

Erst seit dem Jahre 1857 wurden auch die im Auslande ausgestellten Werthpapiere zur Besteuerung herangezogen, und für dieselben, wenn sie auch ausserhalb des Königreiches zahlbar sind, die Steuer auf die Hälfte der für andere Effecten normirten Sätze festgestellt.

Die Wechselduplicate sind stempelfrei, vorausgesetzt, dass bei einem mit denselben vorzunehmenden behördlichen Gebrauche die versteuerte Prima beigebracht wird.

Jedem Privaten, jeder Anstalt oder Gesellschaft ist es verboten, für unbesteuerte Handelseffecten die Valuta einzucassiren, bei einer Strafe von 5% des Nominalwerthes des Papierses.

Der Geldreichthum Belgiens, das stets einen der vorzüglicheren Märkte für europäische Anleihen bildete, war Anlass, dass schon das Gesetz vom 31. März 1834 die im Königreiche erfolgten Einzahlungen auf ausländische Anleihen einer Steuer von 3 p. Mille unterwarf.

Cassabons für Beträge, die 5 Fres. nicht übersteigen, unterliegen dem Stempel von 1 cent.

Dänemark.

Nach dem jetzt geltenden, am 19. Februar 1861 erlassenen Stempelgesetze entrichten die im Königreiche ausgestellten, und die dortselbst zahlbaren Wechsel die Abgabe in gleichem Maasse, wie Anweisungen, Creditive, Contocorrente und acceptirte Rechnungen. Befreit sind ausländische, im Auslande (zu welchem auch die Färöer gerechnet werden) zahlbare Wechsel, wenn sie in Dänemark bloss girirt werden; dagegen werden die ausländischen Wechsel dann steuerpflichtig, wenn sie im Inlande acceptirt, eingelöst, oder bei einem Gerichte producirt werden.

Eine besondere Begünstigung besteht für solche kurze Wechsel, welche nicht auf eine längere Dauer als acht Tage nach Sicht oder 14 Tage a dato lauten; diese unterliegen ohne Rücksicht auf ihren Werth einer fixen Abgabe von 8 Schillingen, während von

allen anderen Wechseln und oben erwähnten Papieren eine Proportionalsteuer von durchschnittlich $\frac{1}{6}$ p. Mille ihres Betrages entrichtet werden muss.

Wechsel, welche auf eine längere als die durch das Gesetz zugelassene Dauer lauten, oder welche, wenn auch ordnungsgemäss ausgestellt, erst nach eingetretener Fälligkeit acceptirt werden, sowie Sichtwechsel, welche innerhalb der vorgeschriebenen Zeit nicht zum Accepte oder zur Zahlung präsentirt werden, verlieren die Wechselprärogative und können nur mehr als einfache Schuldscheine geltend gemacht werden, insoferne sie überhaupt den Charakter von solchen besitzen.

Prolongationen über die zulässig längste Dauer hinaus, auf welche ein Wechsel nach dänischem Rechte lauten darf, werden als ein neues Rechtsgeschäft betrachtet und als ein solches besteuert; dagegen sind alle andere Wechselklärungen steuerfrei.

Wird in dem Wechsel eine Sicherstellung der Forderung ausgesprochen, so ist die Abgabe nach der zweiten Stempelklasse, welche durchschnittlich $\frac{1}{6}\%$ des Betrages ausmacht, zu entrichten.

Jeder Inhaber des Papieres ist verpflichtet für die Entrichtung der allenfalls noch fehlenden Gebühr Sorge zu tragen.

England.

Alle Wechsel, welche in England in den Verkehr kommen, ohne Rücksicht auf den Ausstellungs- oder Zahlungsort, unterliegen der Gebühr, welche der für Schuldscheine (Promissory notes) festgesetzten gleich ist.

Inländische, auf das Ausland gezogene Wechsel werden in Hinsicht auf die Steuer den ausländischen Wechseln gleichgestellt.

Ausländische Wechsel müssen mit dem „Adhäsiv-“ Stempel versehen werden, bevor sie in Grossbritannien indorsirt, negotirt, oder zur Zahlung präsentirt werden. Die Stempelpflicht erstreckt sich in gleichem Maasse auf alle Wechselexemplare.

Cheques oder Sichtenweisungen auf Banquiers, welche nicht über 15 englische Meilen vom Ausstellungsorte dieser Urkunden entfernt wohnen, sind abgabefrei. Sollen diese Effecten über eine grössere Entfernung hinaus versendet werden, so muss ein Adhäsivstempel im gleichen Betrage, wie er für Wechsel vorgeschrieben ist, auf denselben verwendet werden.

Andere Sichtwechsel oder dergleichen Anweisungen auf den Ueberbringer lautend, dann Accreditorungen, insoferne diese Papiere nicht

auf solche Banken oder Bankhäuser lauten, denen eine gesetzliche Stempelbefreiung zukommt, unterliegen der fixen Gebühr von 1 penny, ausser wenn sie im Auslande girirt wurden. In diesem Falle werden sie hinsichtlich der Art der Entrichtung der Gebühr ausländischen Wechseln, bezüglich der Abgabe aber den inländischen, nicht auf Sicht lautenden Papieren gleichgestellt (Gesetz vom 25. Juli 1864).

Die von Privatbanken, mit Ausnahme der Bank von England, ausgegebenen Banknoten unterliegen jener Stempelgebühr, welche für Schuldscheine auf Sicht und den Ueberbringer lautend, festgesetzt ist, d. i. 1 penny. Wechselproteste unterliegen derselben Gebühr wie das Effect selbst, wenn dessen Stempel Einen Schilling nicht überschreitet, andernfalls beträgt die Abgabe für den Protest Einen Schilling.

F r a n k r e i c h .

Die wichtigsten auf Wechselstempel Bezug nehmenden Anordnungen datiren vom 13. Brumaire an VII, und vom 5. Juni 1850.

Die in Frankreich in den Verkehr kommenden Billets auf Ordre oder auf den Ueberbringer lautend, Wechsel und negotizbaren Handels-Papiere unterliegen dem Proportionalstempel in dem im Cap. IV dargestellten Maasse, mit Ausnahme der ausländischen, im Auslande zahlbaren Effecten.

Es existiren Wechselblankette und Stempelmarken bis 10 Francs, welche Abgabe einer Wechselsumme von 20,000 Francs entspricht; für höhere Beträge muss der über 10 Francs betragende Stempel direct eingezahlt werden, wobei der Einnehmer den Empfang des Mehrbetrages schriftlich auf dem mit 10 Francs Stempel versehenen Documente bestätigt.

Wer vom Aussteller einen nicht gestempelten Wechsel erhält, ist gehalten ihn zur Barenrückzahlung des Stempels vorzuweisen, und zwar innerhalb 15 Tagen von der Ausstellung, oder innerhalb jenes kürzeren Zeitraumes, auf welchen das Papier ausgestellt ist, jedenfalls vor der Weiterbegebung. Die Abgabe für diese Vidirung beträgt 15 cent. für je 100 Francs oder jeden Bruchtheil dieser Summe, also das Dreifache des Stempels, der ursprünglich zu verwenden war.

Die hierdurch verursachten Auslagen kann derjenige, der sie bestritten hat, trotz jeder entgegenstehenden Uebereinkunft, der Wechselsumme zuschlagen. Bei diesem Vorgange entfällt jede weitere Straffolge.

Jene Werthpapiere, welche aus dem Auslande oder jenen französischen Colonien kommen, wo der Stempel noch nicht eingeführt ist, und welche in Frankreich zahlbar sind, müssen vor der Weiterbegebung, Acceptirung oder Einlösung mit der Stempelmarke versehen, oder es muss für dieselben eine dem gewöhnlichen Stempel gleiche Gebühr bar entrichtet werden. Da eine analoge Anordnung bezüglich der ausländischen, im Auslande zahlbaren Wechsel nicht besteht, können dieselben ohne Erlegung einer Abgabe in Frankreich negotirt werden.

Der Inhaber eines nicht gestempelten oder nicht statt des Stempels vidirten Wechsels hat bloß gegen den Aussteller (bei trockenen), sowie gegen diesen und den Acceptanten (bei gezogenen Wechseln), ein Regressrecht, nicht aber gegen die früheren Indossanten. Alle entgegengesetzten Abmachungen sind ungiltig. Diese vortreffliche Anordnung zwingt die Indossanten in ihrem eigenen Interesse die Stempelung oder Vidirung des Wechsels zu veranlassen.

Es ist allen Gerichten und Behörden verboten, irgend eine Amtshandlung über ein nicht gestempeltes Werthpapier vorzunehmen, bevor die Abgabe und die Geldstrafe erlegt ist.

Kein Notar oder Huissier darf, bei Strafe von 20 Francs, einen Protest über einen nicht oder ungenügend gestempelten Wechsel ausstellen; auch muss er in einem solchen Falle die Gebühr und Strafe vorschussweise, gegen Regress an den Parteien, erlegen.

Keine Gesellschaft und kein Private darf, unter Androhung einer Geldstrafe von 6% der Wechselsumme, einen nicht gestempelten Wechsel zur Zahlung präsentiren.

Wechselduplicate sind nach dem Gesetze vom 1. Mai 1822 vom Stempel befreit, selbst im Falle, dass sie zur Einregistrirung präsentirt werden, wenn die gestempelte oder vidirte Prima dem in Umlauf gesetzten Duplicate beigeschlossen ist; andernfalls unterliegen sie derselben Steuer wie das erste Wechselexemplar. Indossamente und Quittirungen der Wechselsumme sind stempelfrei.

Wird eine Urkunde zum Enregistrement oder einer andern Amtshandlung beigebracht, so hat der betreffende Beamte bei Vermeidung einer Geldstrafe von 10 Francs in der bezüglichen ämtlichen Expedition den Betrag des für dieselbe verwendeten Stempels anzumerken.

Der Beamte darf die Amtshandlung ohne Beibringung des Wechsels nicht vornehmen.

Bei Protesten Mangels Zahlung ist eine Enregistrements-Gebühr von 25 centimes für je 100 Francs zu erlegen.

Proteste Mangels Annahme unterliegen nach Artikel 68 des Gesetzes vom 22. Frimaire des Jahres VII der fixen Gebühr von 1 Franc.

Griechenland.

Der Verfasser konnte bloss den durch das Gesetz vom 31. October 1869 seit 1. Jänner 1870 eingeführten Tarif erhalten, welcher im Cap. IV dargestellt wird.

Hessen.

Für die verschiedenen Provinzen des Grossherzogthums bestehen vom 1. Jänner 1870 an dreierlei gesetzliche Anordnungen über die Besteuerung der Wechsel.

1. In der Provinz Starkenburg existirt kein Wechselstempel.
2. In den zum norddeutschen Bunde gehörigen Landestheilen, nämlich in der Provinz Oberhessen und in den zu Rheinhessen gehörigen Orten Kastel und Kostheim kommt das Gesetz vom 10. Juni 1869 über die Wechselstempelsteuer im norddeutschen Bunde zur Anwendung.
3. In Rheinhessen, ausschliesslich den oben erwähnten Orte Kastel und Kostheim, gilt wie früher das französische Stempelgesetz vom 13. Brumaire des Jahres VII der Republik, jedoch ist der hiernach auch angeordnete proportionelle Stempel durch das Gesetz vom 9. März 1824 aufgehoben werden.

Zu jedem in der Provinz Rheinhessen ausgestellten Wechsel ist nunmehr nur ein Stempelblatt zu $\frac{1}{4}$ Franc = 7 Kreuzer Südd. Währung zu verwenden und jeder im Auslande ausgestellte Wechsel, von welchem in Rheinhessen Gebrauch gemacht werden soll, muss zuvor für 7 Kreuzer Stempel vidirt werden.

Zu den in Rheinhessen ausgestellten und zu den aus dem Auslande dahin kommenden Wechseln können nach dem Gesetze vom 28. August 1868 Stempelmarken verwendet werden.

Italien.

Das Stempelgesetz vom 19. Juli 1868 gilt in ganz Italien, mit Ausnahme der im Jahre 1866 erworbenen venezianischen Provinzen und Mantua's, auf welche es ausgedehnt werden soll, sobald die beabsichtigte legislative Unification durchgeführt werden wird. Nur die Bestimmung einer Abgabe von 10% des Bruttoertragnisses der

Theatervorstellungen wurde auch auf diese letzteren Provinzen ausgedehnt, in welchen im übrigen, mit ganz unwesentlichen Veränderungen jene Anordnungen über die Wechselsteuer bestehen, welche die österreichische Regierung dort eingeführt hat, und welche auch jetzt in Oesterreich Geltung haben.

Der für Wechsel festgesetzten Steuer unterliegen in Italien die kaufmännischen Anweisungen, die Cessionen, welche den Facturen beigelegt werden, und überhaupt alle Urkunden, welche eine aus Handelsgeschäften herrührende Uebertragung einer Summe, oder Anerkennung einer Schuld enthalten, wenn sie sich auch nicht zur Indossirung eignen.

Für die im Auslande ausgestellten und daselbst zahlbaren Wechsel, welche in Italien negotirt werden, beträgt die Gebühr die Hälfte der für alle andern derlei Papiere festgesetzten.

Wechsel-Duplicate und Abschriften unterliegen demselben Stempel wie die Prima, wenn dieser nicht 1 L. übersteigt, andernfalls beträgt die Abgabe für jede solche Ausfertigung 1 L.

Auf Verlangen der Behörde muss aber das vollständig versteuerte Wechsel Exemplar beigebracht werden.

Diese Begünstigung erlischt, und es unterliegen alle Exemplare der Proportionalabgabe, wenn zwei Wechsel Exemplare abgesondert im Königreiche in den Umlauf gesetzt werden.

Zu den Stempelabgaben besteht seit 5. Juli 1859 ein Kriegszuschlag per 10%; befreit hievon sind die Cheques und die Gebührensätze von 10 cent. abwärts.

Giri, Accepte und ähnliche Wechselklärungen sind abgabenfrei, nur die Abquittirung der Wechselsumme unterliegt seit dem Gesetze vom 19. Juli 1868 einer fixen Gebühr von 5 cent., eine eigenthümliche Belästigung des Verkehrs, welche vermieden worden wäre, wenn man die Sätze des Wechselstempeltarifes selbst um diesen Betrag erhöht hätte.

Cheques sind mit einem fixen Stempel von 10 cent. zu versehen. Wechselproteste unterliegen der Abgabe von 3 L.

Für die in Verkehr gesetzten Noten der Privatbanken wird eine Gebühr entrichtet, welche jährlich 50 cent. für je 1000 Lire der mittleren im Vorjahre im Umlaufe befindlich gewesenen Notenmenge beträgt.

Niederlande.

Der Proportionalgebühr sind nebst den Wechseln alle kaufmännischen Ordrepapiere und Anweisungen, sowie deren Duplicate und Abschriften unterworfen.

Die Steuer beträgt 5 cent. von je 100 fl. wenn das Werthpapier im Inlande, die Hälfte dieses Satzes, wenn es im Auslande zahlbar ist.

Einer Abgabe von $\frac{1}{2}$ per mille unterliegen auch die zwischen den Rhedern und der Schiffsbemannung abzuschliessenden Heuerverträge.

Im Auslande oder den überseeischen Besitzungen ausgestellte Effecten müssen versteuert werden, ehe sie im Inlande acceptirt, indossirt, verhandelt, eingelöst oder mit irgend einer Wechselerklärung versehen werden.

Die Wechselcirculation in den überseeischen Besitzungen unterliegt keiner Abgabe.

Abquittirungen der Wechselsumme, Indossamente, Accepte und andere Wechselklärungen sind stempelfrei. Ungestempelte Effecten können vor Entrichtung der Abgabe keiner gerichtlichen oder administrativen Amtshandlung zu Grunde gelegt werden, bei einer Strafe von 50 fl. für den zuwiderhandelnden Beamten.

Holland besteuert mit 3 p. mille die Einzahlungen und Zeichnungen, welche im Königreiche auf ausländische Anleihen erfolgen.

Norddeutscher Bund.

Vom 1. Jänner 1870 an unterliegen im Gebiete des norddeutschen Bundes, mit Ausnahme der Hohenzollerschen Lande¹⁾, alle Wechsel, dann die auf Ordre lautenden Zahlungsversprechen und die kaufmännischen Assignationen ohne Unterschied der Form dem Stempel.

Befreit sind bloss die vom Auslande auf das Ausland gezogene, nur im Auslande zahlbaren Wechsel; ferner die vom Inlande auf das Ausland gezogenen, nur im Auslande und zwar auf Sicht oder spätestens innerhalb 10 Tagen von der Ausstellung an gerechnet zahlbaren Wechsel, so ferne sie vom Aussteller direct in das Ausland gesendet werden.

¹⁾ In welchen die Wechselsteuer nicht besteht (Finanz-Ministerial-Bekanntmachung vom 19. December 1869).

Die beiden oben erwähnten Kategorien von befreiten Wechseln sind solche, für welche wegen Unmöglichkeit der Controlle die Abgabe erfahrungsgemäss ohnehin in fast gar keinem Falle entrichtet würde, auch wenn deren Stempelpflichtigkeit angeordnet wäre.

Ferner sind noch befreit die statt der Barzahlung dienenden Cheques und Platzanweisungen, soferne sie ohne Accept bleiben, und die einer bestimmten Person zur Verfügung gestellten, nur im Maximalbetrage oder gar nicht begrenzten Accreditive.

Indossamente, Giros und alle andern Erklärungen bezüglich eines bereits versteuerten Wechsels unterliegen keiner weiteren Abgabe.

Für die vorschriftmässige Entrichtung der Abgabe sind solidarisch verpflichtet: Der Aussteller, jeder Unterzeichner oder Mitunterzeichner eines Accepts, eines Indossaments oder einer anderen Wechselerklärung, und Jeder, der für eigene oder fremde Rechnung den Wechsel erwirbt, veräussert, verpfändet oder als Sicherheit annimmt, zur Zahlung präsentirt, Zahlung darauf empfängt oder leistet, oder Mangels Zahlung Protest erheben lässt, ohne Unterschied, ob der Name oder die Firma auf den Wechsel gesetzt wird oder nicht.

Die Entrichtung der Stempelabgabe muss erfolgen, ehe ein inländischer Wechsel von dem Aussteller, ein ausländischer Wechsel von dem ersten inländischen Inhaber aus den Händen gegeben wird.

Dem Aussteller eines inländischen Wechsels und dem ersten inländischen Inhaber eines ausländischen Wechsels ist gestattet, den mit einem inländischen Indossamente noch nicht versehenen Wechsel vor Entrichtung der Stempelabgabe lediglich zum Zwecke der Annahme zu versenden und zur Annahme zu präsentiren.

Der Acceptant eines unversteuerten Wechsels ist verpflichtet, vor der Rückgabe oder jeder anderweitigen Aushändigung des Wechsels die Besteuerung desselben zu bewirken.

Wird jedoch ein nicht zum Umlaufe im Bundesgebiete bestimmtes Exemplar eines in mehreren Exemplaren ausgefertigten Wechsels zur Einholung des Accepts benutzt, so bleibt der Acceptant von der Verpflichtung zur Gebührenentrichtung befreit, wenn die Rückseite des acceptirten Exemplars vor der Rückgabe dergestalt durchkreuzt wird, dass dadurch die weitere Benützung desselben zum Indossiren ausgeschlossen wird.

Von mehreren Wechsel-exemplaren ist das zum Umlaufe bestimmte zu versteuern, ausserdem aber auch jedes Exemplar, und jede

mit einer Original-Wechselerklärung versehene Abschrift, auf welche eine Wechselerklärung — mit Ausnahme des Accepts und der Nothadressen — gesetzt ist, die nicht auf einem nach Vorschrift versteuerten Exemplare sich befindet.

Die Besteuerung muss geschehen, ehe das betreffende Exemplar oder die Abschrift von dem Aussteller der die Stempelpflicht begründenden Wechselerklärung, oder wenn letztere im Auslande erfolgte, von dem ersten inländischen Inhaber aus den Händen gegeben wird.

Soll ein unversteuertes Wechselduplicat ohne Auslieferung eines versteuerten Exemplars desselben Wechsels bezahlt oder Mangels Zahlung protestirt werden, so ist die Besteuerung desselben zu bewirken, ehe die Zahlung oder Protestaufnahme stattfindet.

Der Beweis des Vorhandenseins eines versteuerten Wechselduplicats oder des Einwandes, dass die auf ein unversteuertes Exemplar gesetzte Wechselerklärung auf einem versteuerten Duplicate abgegeben sei, oder dass bei Bezahlung eines unversteuerten Duplicats auch ein versteuertes Exemplar ausgeliefert sei, liegt demjenigen ob, welcher wegen unterlassener Besteuerung eines Wechsel-exemplars belangt wird.

Wurde die Besteuerung eines Wechsels, eines Wechselduplicats oder einer Wechselabschrift unterlassen, so ist der nächste und, so lange die Abgabe nicht entrichtet ist, auch jeder fernere inländische Inhaber verpflichtet, den Wechsel zu versteuern, ehe er denselben auf der Vorder- oder Rückseite unterzeichnet, veräussert, verpfändet, zur Zahlung präsentirt, Zahlung darauf empfängt oder leistet, eine Quittung darauf setzt, Mangels Zahlung Protest erheben lässt oder den Wechsel aus den Händen gibt. Derjenige Wechselinhaber, welcher derart den Wechsel versteuert, befreit sich und seine Besitznachfolger von jeder Straffolge; auf die von den Vordermännern verwirkten Strafen hat die Entrichtung der Abgabe durch einen späteren Inhaber keinen Einfluss.

Der Bewahrer eines zum Accepte versandten unversteuerten Wechsel-exemplars wird, wenn er dasselbe gegen Vorlegung eines nicht versteuerten Exemplars (oder einer nicht versteuerten Copie) desselben Wechsels ausliefert, für die Stempelabgabe haftend und verfällt, wenn dieselbe nicht entrichtet wird, in die gesetzliche Geldstrafe.

Alle öffentlichen und Communal-Beamten, dann die Notare und anderen öffentlichen Agenten, welche Proteste aufnehmen, haben die

Verpflichtung, die ihnen vorkommenden Wechsel von Amtswegen zu prüfen, und entdeckte Stempelgebrechen der zuständigen Behörde anzuzeigen.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Stempel- und Gebühren-Gesetz gilt auch für Ungarn, mit unbedeutenden im Cap. II zu erwähnenden Abänderungen. Dasselbe unterwirft die Wechsel, ohne Unterschied, ob sie gezogene oder eigene, ob sie mit bestimmter Zahlungsfrist, auf Sicht, oder auf eine bestimmte Zeit nach Sicht ausgestellt sind, ob sie im In- oder Auslande emittirt oder zahlbar sind, und jedes Duplicat derselben (Secunda, Tertia u. s. f.) sowie die auf eine Geldsumme lautenden kaufmännischen Anweisungen dem Stempel, und zwar nach zwei verschiedenen Scalen.

Die geringere Abgabe nach der Stempelscala I trifft diejenigen im Inlande ausgestellten Wechsel, für welche innerhalb 6 Monaten, und die im Auslande trassirten, für welche binnen Einem Jahre vom Ausstellungstage an gerechnet die Zahlung erfolgen soll.

Eine zweite, schwerere Steuer (Stempelscala II) ist für alle anderen Wechsel festgesetzt.

Beide Scalen werden im Capitel IV dargestellt.

Auch für die der Scala I unterworfenen Wechsel ist nachträglich jener Betrag zu entrichten, welcher zur Ergänzung des von der Scala II normirten Stempelsatzes erforderlich ist, wenn sie binnen 6 Monaten (bei inländischen) oder 12 Monaten (bei im Auslande ausgestellten Wechseln) vom Ausstellungstage an noch nicht zur Zahlung präsentirt wurden, oder wenn sie auf bestimmte Zahlungsfrist lauten, und nach Ablauf dieser Termine von 6 oder 12 Monaten weiter begeben werden, endlich wenn dieselben zur Erlangung eines Hypothekarrehtes intabulirt oder pränotirt werden.

Die Girirungen der Wechsel, welche der Scala I unterliegen, sind gebührenfrei.

Jene Indossamente hingegen, welche auf den der Scala II unterworfenen Wechseln aufgetragen werden, sind als Cessionen zu betrachten, und unterliegen als solche, jedes für sich, dem Stempel nach Scala II.

Für Wechsel, welche in der einen Reichshälfte errichtet, und sodann in die andere übertragen werden, muss ungeachtet der bereits früher im andern Gebiete bewirkten Versteuerung die Abgabe nach den

in dem neuen Circulationsgebiete bestehenden Normen wie von solchen Papieren entrichtet werden, welche im Auslande ausgestellt wurden.

Es ist offenbar die Absicht der österreichisch-ungarischen Stempelgesetzgebung, bloss die nicht über 6 Monate laufenden inländischen, und die innerhalb eines Jahres vom Ausstellungstage verfallenden ausländischen Wechsel der Tariffbegünstigung theilhaftig werden zu lassen, wie dies aus den verschiedenen hier dargestellten Vorschriften hervorgeht. Dem Stempel nach Scala II unterliegen nämlich überhaupt alle entgeltlichen Rechtsgeschäfte über bewegliche schätzbare Sachen, die eine Vermögensübertragung, Rechtsbefestigung oder die Aufhebung oder Erfüllung einer Verbindlichkeit bewirken, wenn sie nicht ausdrücklich befreit, oder einer anderen Scala (I für die begünstigten Wechsel, oder III für einige speciell aufgeführte Verträge¹⁾ und Schuldverschreibungen) oder endlich den verschiedenen Abstufungen der Percentualgebühr zugewiesen sind.

Thatsächlich berühren aber die Erschwerungen für den Verkehr mit langsichtigen Wechseln den Handelsstand sehr wenig, da derselbe von derlei Papieren nur selten Gebrauch macht. Sie kommen ebenso wie die eigenen (trockenen) Wechsel in der Regel nur im Verkehre zwischen Privatpersonen vor, und wenn es die Absicht der Gesetzgeber bei Erlassung der österreichischen Stempelvorschriften war, die im Handel verwendeten Wechsel im Vergleiche zu den andern zu beschützen, so hätten ebensogut die eigenen Wechsel der Scala II zugewiesen werden können, als die erwähnten langsichtigen.

Jede Prolongation eines Wechsels unterliegt der Gebühr, und zwar: nach Scala I, wofern sie die nach dem Unterschiede, ob die Ausstellung im In- oder Auslande erfolgte, festgesetzten Zahlungsfristen von 6 und 12 Monaten nicht überschreitet, nach Scala II in allen anderen Fällen.

Die Gebühr für im Auslande ausgestellte Wechsel muss, bevor im Inlande eine Negozirung derselben stattfindet, ein Accept, ein Giro oder anderes Indossament aufgetragen, der Wechsel an einen Anderen überlassen, die Zahlung geleistet, Protest erhoben oder von

¹⁾ Hierher gehören Kauf- und ähnliche Verträge über bewegliche Sachen, gewisse Glücks- und Dienstverträge, Schuldverschreibungen auf den Ueberbringer lautend, wenn kein Faustpfand bedungen wurde, endlich die Constituirung von Actiengesellschaften für eine längere als zehnjährige Dauer. Die Abgabe nach Scala III beträgt durchschnittlich 6%, p. mille des besteuerten Werthes.

dem Wechsel ein ämtlicher Gebrauch gemacht wird, und wenn der Wechsel im Inlande zahlbar ist, jedenfalls vor Ablauf von 14 Tagen nach Uebertragung des Wechsels in das österreichische Staatsgebiet entrichtet werden.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr liegt Demjenigen, welcher eine der erwähnten die Gebührenpflicht begründenden Handlungen im Inlande vorgenommen hat, beziehungsweise derjenigen im Inlande ansässigen Person ob, bei welcher der Wechsel sich zu der Zeit befindet, in welcher die Verbindlichkeit zur Stempelentrichtung nach dessen Uebertragung ins Inland eingetreten ist.

Für die vorgeschriebene Abgabe haften mit Berücksichtigung des Zeitpunctes, in welchem die Gebührenpflicht eingetreten ist, der Aussteller, der Acceptant, alle Indossanten und Derjenige, welcher den Protest ohne die vorschriftsmässige Anzeige der Uebertretung aufgenommen hat, zu ungetheilte Hand mit dem Wechselinhaber.

Wer immer für die Gebühr vom Wechsel haftet, ist berechtigt, falls er bezüglich derselben statt des Ausstellers oder eines Vormannes dem Gesetze Genüge geleistet hat, gegen den Aussteller und jeden Vormann, wenn sie nach dem Gesetze für die Stempelpflicht haften, Regress zu nehmen.

Notarielle Wechselproteste unterliegen dem fixen Stempel von 1 fl., gerichtliche, bei einer Wechselforderung bis inclusive 200 fl. dem Stempel per 2 fl., bei höheren Beträgen jenem von 3 fl.

P o r t u g a l.

Wie aus dem im Cap. IV dargestellten Tarife hervorgeht, macht Portugal bei der Besteuerung der Wechsel einen Unterschied, ob dieselben im Auslande ausgestellt und im Königreiche oder den Adjacenten-Inseln zahlbar sind, oder ob sie vom Inlande auf das Ausland trassirt, oder ob sie endlich vom Auslande kommen und im Königreiche bloss negotirt werden.

Der Stempel für die erste dieser Kategorien ist doppelt so hoch angesetzt, als jener für die beiden letzteren Arten.

Wechsel, die im Inlande ausgestellt und auch zahlbar sind, werden in dem jetzt giltigen Tarife vom 30. August 1869 nicht erwähnt, sind daher stempelfrei.

Den Wechseln sind in Bezug auf die Stempelpflicht die Schuldscheine, kaufmännischen Anweisungen, Ordrebillets, sowie die Urkunden über Bodmereiverträge gleichgestellt.

*

Auf das Ausland in mehreren Exemplaren gezogene Wechsel unterliegen für jede der weiteren Ausfertigungen (Secunda, u. s. f.) der Hälfte des für die Prima erforderlichen Stempels.

Indossamente und Abquittungen der Wechselsumme sind steuerfrei.

Zur Entrichtung des Stempels ist der Acceptant verpflichtet; bei eigenen Wechseln, sowie wenn der Acceptant im Auslande domicilirt, obliegt diese Verpflichtung dem Aussteller.

Ausländische in Portugal negozierte Effecten müssen von dem ersten inländischen Indossanten mit dem Stempel versehen werden.

Bei Wechseln, welche Mangels Annahme protestirt werden, hat die den Protest aufnehmende Amtsperson die Marken zu überschreiben.

R u s s l a n d.

Alle Wechsel und anderen im Handel vorkommenden Geldverschreibungen, deren Auszahlung entweder zu bestimmten Terminen oder auf Ordre des Empfängers erfolgt, unterliegen nach dem Gesetze vom 18. Juni 1868 der im Cap. IV dargestellten proportionalen Abgabe.

Auf das Ausland gezogene Wechsel müssen in drei Exemplaren (Prima, Secunda, Tertia) ausgestellt werden, welche zusammen die einfache Gebühr eines im Inlande zahlbaren, auf die gleiche Summe lautenden Effectes entrichten.

Duplicate und Abschriften inländischer Wechsel unterliegen der gleichen Gebühr wie die Prima.

Wechsel und andere commercielle Geldverschreibungen (ausser Schuldscheinen), welche im Auslande auf in Russland lebende Personen ausgestellt sind, können nicht vor ihrer Acceptation, die auf ein der betreffenden Summe entsprechendes Stempelpapier geschrieben wird, eincassirt werden, und haben überhaupt vor bewirkter Versteuerung keine gesetzliche Kraft.

Im Auslande ausgestellte und daselbst zahlbare Wechsel unterliegen bei ihrer Negozierung im Staate keiner Abgabe.

S c h w e d e n.

Das Gesetz vom 23. Juli 1869 unterwirft der nicht unbedeutenden Abgabe von $\frac{1}{4}\%$ die im Inland ausgestellten Schuldbriefe aller Art, anerkannte Rechnungen, Wechsel und Assignationen, wenn

sie die Summe von 100 Rdler. übersteigen, oder wenn sie auf mindere Beträge lautend zu einer gerichtlichen Amtshandlung beigebracht werden. In letzterem Falle bleibt jedoch die Befreiung bestehen, wenn die Urkunde als Beweis gegen einen in Concurs gerathenen Schuldner dienen soll.

Lautet der Wechsel auf eine ausländische Geldsorte, so unterliegt seine Prima ausser der Proportionalabgabe noch einem besondern Stempel pr. 1 Rdler., die weiteren Ausfertigungen sind aber von dieser eigenthümlichen Nebenabgabe frei.

Ist der Wechsel an und für sich stempelpflichtig, so obliegt dem Aussteller die Entrichtung der Abgabe; wird es das Papier aber erst in der Folge, so muss Derjenige den Stempel beibringen, welcher von demselben den die Stempelpflicht begründenden Gebrauch macht.

Notarielle Proteste, zu Gunsten schwedischer Unterthanen, unterliegen der Abgabe von 25 Oere per Bogen, für Ausländer der doppelten.

Diese, sowie manche ähnliche Anordnungen in anderen Capiteln des schwedischen Gebührengesetzes erinnern an das früher in der schwedischen Gesetzgebung allgemein durchgeführte System, wonach Ausländer und von der Staatsreligion Dissidirende weniger Rechte besaßen und weit mehr Lasten zu tragen hatten, als der allein vollberechtigte Inländer.

S p a n i e n ¹⁾.

Die Grundzüge des jetzigen Stempelwesens in Spanien, somit auch jene, welche die Besteuerung der Wechsel regeln, wurden durch das königliche Decret vom 12. September 1861 festgesetzt.

Als girirbare Documente (*documentos de giro*) welche alle denselben Anordnungen unterliegen, bezeichnet dieses Decret:

Wechsel, kaufmännische Anweisungen, indossirbare Cheques, Accreditorungen, die auf einen bestimmten Betrag lauten, endlich die Obligationen der Credits-, Handels-, Erwerbs-, Bergwerks- und ähnlichen Gesellschaften.

¹⁾ Der Verfasser bemerkt, dass die folgenden Andeutungen der im Jahre 1865 bestandenen Gesetzgebung entsprechen, und dass es ihm nicht gelang, die möglicherweise seit jener Zeit über die hier behandelte Abgabe erlassenen Vorschriften zu erhalten.

Diese Werthpapiere, sowie ihre Duplicate etc., unterliegen dem im Cap. IV dargestellten Stempel auch dann, wenn sie zu Gunsten des Staatsschatzes lauten, oder diesem abgetreten werden, sind hingegen stempelfrei, wenn sie von demselben oder dessen Agenten ausgestellt werden.

In erster Linie ist der Aussteller verpflichtet, den Stempel zu entrichten.

Der Acceptant und jeder spätere Inhaber eines ungestempelten Wechsels kann sich und seine Nachmänner von weiterer Haftung befreien, wenn er das Stempelzeichen auf dem Wechsel anbringt, und dasselbe in der angedeuteten Art überschreibt.

Er kann diesen Stempelbetrag von seinem Vormanne wechselrechtlich fordern, ohne dass dieser letztere hierdurch von den Strafolgen befreit wird, welche er durch die eigene Unterlassung der Stempelung verschuldet hat.

Wechsel, welche aus dem Auslande oder den Colonien, wo die Stempelabgabe nicht besteht, nach Spanien gelangen, müssen von dem ersten inländischen Indossanten, oder demjenigen, der das Effect zur Zahlung präsentirt, mit dem Stempel versehen werden.

Die Auszahlung eines nicht oder ungenügend gestempelten Wechsels kann verweigert werden, bis dem Gebrechen abgeholfen wurde. Die rechtlichen Folgen dieser Zahlungsverzögerung fallen dem Aussteller zur Last.

Kein Amt oder Gericht darf über ein ungestempeltes Effect eine Amtshandlung vornehmen, bevor die Gebühr und Strafe von allen Uebertretern eingebracht ist. Geschieht es dennoch, so verfallen die Beamten in dieselben Strafen wie die Stempelübertreter selbst.

Wechselproteste unterliegen dem Stempel von 8 Realen.

W ü r t e m b e r g .

In diesem Königreiche besteht keine Abgabe von Handelspapieren.

Capitel II.

Art der Entrichtung der Gebühr.

Belgien.

Für die im Inlande ausgestellten Werthpapiere kann man sich ämtlicher Blanquetten bedienen, oder auch Privatstampiglien gegen Entrichtung der Gebühr ämtlich abstempeln lassen.

Die Stempelzeichen bestehen bis 50 frcs. Höhere Abgaben müssen durch „Visa pour timbre“, Barzahlung gegen Amtsquittung auf der Urkunde entrichtet werden. Auch Dimensionsstempel können gültig zur Entrichtung der Gebühr verwendet werden.

Im Auslande ausgestellte Urkunden werden dadurch versteuert, dass der erste Signant im Königreiche die entsprechende Stempelmarke daraufklebt und dieselbe mit seiner Unterschrift und dem Datum überschreibt. Ein späterer inländischer Wechselinhaber kann die Marke gültig nicht mehr verwenden, sondern schützt sich nur dadurch vor persönlicher Haftung für die Geldstrafe, dass er unter Entrichtung der dreifachen Gebühr das „Visa pour timbre“ oder „timbrage à l'extraordinaire“ veranlasst.

Vorschriftswidrig verwendete Marken werden als nicht vorhanden angesehen.

Dänemark.

Nach der Ministerialverordnung vom 24. März 1862 existiren ämtliche Blanquetten für gezogene Wechsel, deren Text in dänischer Sprache vorgedruckt ist, sowie auch derlei Blanquetten ohne Text. Man kann ferner das Papier zur ämtlichen Abstempelung vorlegen, oder Stempelmarken verwenden.

Die Marke muss auf der Vorderseite angebracht werden, und zwar entweder in der rechten unteren Ecke, in welchem Falle sie

durch die darüber geschriebene, zum Wechsel gehörige Unterschrift des Ausstellers cassirt wird, oder in der linken oberen Ecke, in welchem letzteren Falle der Name des Trassanten abgesondert über die Marke geschrieben werden muss.

Nur der Aussteller allein kann die Stempelmarke gültig verwenden, ein späterer Inhaber muss die bezügliche Abgabe bei der Behörde einzahlen.

Die ausser Landes ausgestellten Wechsel können, sobald ihre Stempelpflicht eintritt, dem Amte zur Stempelung eingesendet werden. Durch Stempelmarken kann sie nur der erste Inhaber im Königreiche versteuern. Die Marke wird an der Textseite links oben befestiget und in der vorher erwähnten Art cassirt; dies muss aber geschehen, bevor das Papier weiter begeben, oder zum Accepte oder zur Zahlung präsentirt wird. Erfüllt der erste Inhaber die ihm obliegende Pflicht nicht, so kann ein späterer Besitzer die Versteuerung durch Verwendung der Marke nicht mehr bewirken, sondern er muss die Urkunde dem Amte vorlegen, welches von ihm die einfache Gebühr, von den früheren Inhabern aber die gesetzlichen Geldstrafen einhebt. An diese Vorschrift ist auch der inländische Acceptant eines ausländischen Wechsels gebunden, wenn er nicht der erste Inhaber desselben im Königreiche war, und seine Vormänner die Versteuerung unterlassen haben.

England.

Die ämtlichen Blanquetten werden durch Ausstellung der Urkunde auf denselben, die Stempelmarken aber dadurch gültig verwendet, dass Derjenige, der von dem Documente in England zuerst einen die Stempelpflicht bedingenden Gebrauch macht, das Stempelzeichen mit seinem Namen, oder seiner Firma, oder nur mit den bezüglichen Anfangsbuchstaben und mit dem Datum, an welchem dies geschieht, überschreibt oder überstempelt.

Stempelmarken können durch Ueberschreibung mit der Unterschrift des Ausstellers und mit dem Datum auch für alle Arten Wechsel gültig verwendet werden.

Es ist auch zulässig, Privatblanketten gegen Entrichtung der Gebühr ämtlich stempeln zu lassen.

Blanquetten und Stempelmarken können gleichmässig unter den obigen Bedingungen zur Entrichtung der Gebühr von Einem

Penny verwendet werden, welcher die auf Private gezogenen Sichtwechsel unterliegen.

Wenn ein ausländisches Effect vom ersten Inhaber in England zwar mit der Stempelmarke versehen, dieselbe aber nicht vorschriftmässig überschrieben wird, kann der nächste Inhaber diese Ueberschreibung noch gültig vollziehen. Gegen den ersten Besitzer wird dennoch mit der Strafe wegen unterlassener Annullirung des Stempelzeichens vorgegangen (Gesetz vom 6. August 1861).

F r a n k r e i c h .

Die Stempelpflicht kann für inländische Wechsel bloss durch Verwendung von ämtlichen gestempelten Blanquetten, oder durch Ueberreichung zu der statt des Stempels vorzunehmenden Vidirung (*Visa pour timbre*, s. Cap. I) erfüllt werden.

Für die aus dem Auslande oder den französischen Colonien, in denen die Stempelabgabe nicht besteht, kommenden Wechsel kann die Abgabe auch mittelst Stempelmarken entrichtet werden; diese bestehen von 5 cent. bis 10 Francs. Ausländische Werthpapiere, deren Nominalwerth 20,000 Francs übersteigt, müssen der an Stelle der Stempelentrichtung vorzunehmenden Vidirung und Barzahlung unterzogen werden.

Die Marke wird auf den Wechsel geklebt und zwar vor alle Indossamente, wenn der Wechsel noch nicht cedirt worden ist; war dies aber schon der Fall, unmittelbar unter das letzte ausländische Indossament.

Wer ein Accept, eine Bürgschaftserklärung, ein Indossament oder eine Empfangsbestätigung auf einen solchen Wechsel setzt, muss seine Unterschrift und das Datum des Actes über die Marke schreiben (Gesetz vom 11. Juni 1859 und Reglement vom 18. Jänner 1860). Stempelmarken, die auf anderen als ausländischen Wechseln angebracht, nicht vorschriftmässig überschrieben, oder schon gebraucht sind, werden als nicht vorhanden angesehen.

Es kann übrigens auch der Dimensionsstempel gültig für die Erfüllung der Stempelpflicht an Wechseln verwendet werden.

Gleiche Anordnungen gelten für die Erfüllung der Steuerpflicht hinsichtlich der übrigen kaufmännischen Privaturkunden.

Hessen

Die nachfolgenden, durch die Verordnung vom 18. September 1868 ins Leben gerufenen Anordnungen betreffen bloss die Provinz Rheinhessen (mit Ausschluss der Orte Kastel und Kostheim), da in der Provinz Starkenburg die Stempelabgabe für Wechsel nicht besteht, während für die zum norddeutschen Bunde gehörigen Landestheile das Bundesgesetz vom 10. Juni 1869 geltend ist.

Ausländische, in Rheinhessen negotirte Wechsel sind entweder der Obereinnehmerei vorzulegen, welche die Stempelmarke darauf befestigt, und dieselbe mit einem Farbenstempel abstempelt, oder der Stempelpflichtige muss folgende Bedingungen erfüllen:

Die Stempelmarken müssen auf der Rückseite des Schriftstückes und zwar, wenn sie noch unbeschrieben ist, am obersten Rande derselben, wenn sich aber auf der Rückseite bereits Einschreibungen befinden, unmittelbar unter der letzten Einschreibung dergestalt aufgeklebt werden, dass oberhalb der Marke oder neben derselben kein zu einer Einschreibung (Indossament, Blanco-Indossament u. s. w.) hinreichender Raum übrig bleibt.

Der zur Seite oder zu beiden Seiten der aufgeklebten Marke bleibende leere Raum muss in der Höhe der Marke dergestalt durchkreuzt werden, dass zu einem Indossament oder einer sonstigen Einschreibung neben der Marke kein Raum bleibt.

Der inländische Inhaber, welcher die Stempelmarken aufklebt, hat sein Indossament oder seine sonstige Einschreibung unterhalb der Marken, in die aufgeklebte Stempelmarke aber zum Zweck der Cassation den Anfangsbuchstaben seines Wohnortes, das Datum, an welchem er die Stempelmarke aufklebt, in Ziffern und seinen Namen, beziehungsweise seine Firma mit den Anfangsbuchstaben einzuschreiben.

Die Einschreibung muss mit deutschen Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern) und ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschreibung geschehen.

Es ist jedoch auch zulässig, die Einschreibung ganz oder theilweise (z. B. die Bezeichnung der Firma) durch schwarzen oder farbigen Stempelabdruck zu ersetzen.

Für inländische Wechsel kann man Stempelpapier verwenden, oder die mit der erforderlichen Stempelmarke versehenen Blanquetten vor der Ausstellung der Obereinnehmerei zur Abstempelung einreichen.

Italien.

Es gibt ämtliche Blanquetten, auf deren Verwendung die Regie vorzugsweise dringt, indem sie im Gesetze vom 14. Juli 1866 die Benützung derselben für inländische Wechsel als ordentliche, hingegen die Verwendung von Stempelmarken als ausserordentliche Erfüllung der Stempelpflicht bezeichnete, und für die letztere Art eine Steuer im dreifachen Betrage der für den erstgenannten Erfüllungsmodus angeordneten normirt. Während nämlich die Abgabe von inländischen Wechseln laut der im Cap. IV dargestellten Uebersicht durchschnittlich 0.00055 der Wechselsumme beträgt, besteht folgende Scala für den Fall der Verwendung von Stempelmarken

		Lire Cent.	
Für Summen bis 100 L.	—	15
" " über 100 bis 200	—	30
" " " 200 " 300	—	45
" " " 300 " 400	—	60
" " " 400 " 500	—	75
" " " 500 " 600	—	90
" " " 600 " 700	1	5
" " " 700 " 800	1	20
" " " 800 " 900	1	35
" " " 900 " 1000	1	50
" " " 1000 " 2000	3	—
" " " 2000 " 3000	4	50
" " " 3000 " 4000	6	—

und so weiter für je 1000 volle oder angefangene Lire 1 L. 50 c, oder 0.0015 vom Werthe. Da aber zu obiger Scala noch der Kriegszuschlag von 10% hinzuzurechnen ist, erhöht sich die Abgabe auf 0.00165 der in Verkehr gesetzten Summe.

Der durch Marken oder Vidirung einzuzahlende ausserordentliche Stempel kann nur in so lange entrichtet werden, als sich am Wechsel keine Unterschrift befindet.

Die Verwendung der Marken geschieht durch ämtliche Ueberstempelung, oder dadurch, dass der Gebührenpflichtige das Datum in Buchstaben durch das Feld der Marke schreibt.

Unmittelbar unter die Marken müssen die Unterschriften gesetzt werden.

Bei ausländischen Wechseln muss das Datum des ersten inländischen Indossamentes über die Marke geschrieben werden. Man kann

sich der ämtlich gestempelten Privatblanquetten bedienen, und die Abgabe, wenn sie fünf Lire übersteigt, gegen Bestätigung auf der Urkunde bar einzahlen (Visto per bollo), wobei bloss die einfache (ordentliche) Gebühr zu entrichten kommt.

Stempelzeichen, die für gerichtliche Acte, dann als Dimensionsstempel bestehen, können für Wechsel gültig nicht verwendet werden. Das gesetzliche Format der ämtlichen Wechselblanquetten ist: Höhe 105, Breite 250 Millimeter.

Die Vidirung statt des Stempels (Visto per bollo) findet bloss bei Werthpapieren, deren Werth 10,000 L. übersteigt, und bloss in dem Falle statt, wenn durch Verwendung von drei Stempelmarken die Gebühr nicht entrichtet werden kann, und beschränkt sich auf den durch die Marken nicht gedeckten Steuerbetrag.

N i e d e r l a n d e .

Es bestehen Stempelzeichen (Marken und Stempelpapier) von 15 cent. bis 20 Fl. Wenn die Steuer letzteren Betrag übersteigt, so muss das Mehr der Abgabe bar entrichtet, und vom Amte die Bestätigung der Zahlung auf dem Effecte neben dem Stempelzeichen vermerkt werden.

Auch können Privatblanquetten gegen Entrichtung der Gebühr ämtlich abgestempelt werden.

Bietet das Stempelpapier nicht Raum genug für die Ausfertigung, so kann ungestempeltes Papier als Allonge daran befestigt werden.

Norddeutscher Bund.

Die Stempelabgabe wird entweder durch Ausstellung des Wechsels auf einer mit dem Bundesstempel versehenen Blanquette, oder durch Verwendung der entsprechenden Bundesstempelmarke auf dem Wechsel entrichtet.

In letzterer Beziehung hat der Bundesrath am 13. December 1869 Folgendes angeordnet:

Die den erforderlichen Steuerbetrag darstellenden Marken sind auf der Rückseite der Urkunde, und zwar, wenn die Rückseite noch unbeschrieben ist, am oberen Rande derselben, anderenfalls unmittelbar unter dem letzten Vermerke (Indossament u. dgl.), der sich auf der Rückseite befindet, dergestalt aufzukleben, dass oberhalb der Marke kein zur Anbringung eines Vermerkes hinreichender Raum übrig bleibt.

Der inländische Inhaber, welcher die Marke aufklebt, hat sein Indossament oder seinen sonstigen Vermerk unterhalb derselben niederzuschreiben.

Wird die Breite der Rückseite durch die aufgeklebten Marken nicht ausgefüllt, so ist der zur Seite oder zu beiden Seiten der letzteren bleibende leere Raum in der Höhe der Marke dergestalt zu durchkreuzen, dass zu einem Indossamente oder sonstigen Vermerke neben der Marke kein Raum bleibt.

In jeder einzelnen der aufgeklebten Marken müssen mindestens die Anfangsbuchstaben des Wohnortes und des Namens, beziehungsweise der Firma desjenigen, der die Marke verwendet, und das Datum der Verwendung (in Ziffern) mittelst deutlicher Schriftzeichen ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschrift niedergeschrieben sein.

Es ist jedoch auch zulässig, den ganzen Cassationsvermerk oder einzelne Theile desselben (z. B. die Bezeichnung der Firma) durch schwarzen oder farbigen Stempeldruck herzustellen.

Enthält der Cassationsvermerk mehr, als nach dem Vorstehenden erforderlich ist (z. B. den ausgeschriebenen Namen statt der Anfangsbuchstaben, das Datum in Buchstaben statt in Ziffern u. s. w.), so ist derselbe dennoch gültig, wenn nur die vorgeschriebenen Stücke (Anfangsbuchstaben des Wohnortes und Namens, beziehungsweise der Firma und Datum) auf der Marke sich befinden.

Bei Ausstellung des Wechsels auf einer gestempelten Blanquette kann der an dem vollen gesetzlichen Betrage der Steuer etwa noch fehlende Theil durch vorschriftsmässig zu verwendende Stempelmarken ergänzt werden.

Stempelmarken, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen.

Oesterreich-Ungarn.

Das Gesetz vom 29. Jänner 1864 setzt folgende Arten fest, durch welche die Stempelpflicht für Wechsel erfüllt werden kann.

1. Hinsichtlich der der Scala I zugewiesenen Wechsel können die Parteien sich ämtlicher, mit dem Abdrucke des Stempelzeichens versehenen Blanquette bedienen.
2. Im Falle der Verwendung anderer Blanquette oder gewöhnlichen Papiere kann die Versteuerung dadurch bewirkt werden, dass die der vorschriftsmässigen Gebühr entsprechenden Stempelmarken auf dem Rücken der Blanquette vor Aus-

fertigung des Wechsels befestigt und von einem zu dieser Amtshandlung bestimmten Amte mit dem ämtlichen Siegel überstempelt werden. Für Ungarn wurde angeordnet (Finanz-Min.-E. von 12. October 1868 Z. 1945 F. M.), dass die vor Ausfertigung der Wechsel auf den Wechselblanketten angebrachten Marken ämtlich zweimal zu überstempeln sind, nämlich einmal mit Berührung des oberen Theils der Marken, dann über das untere Feld derselben.

Die Ueberstempelung mit dem Privatsiegel einer Einzelperson oder einer zur Ueberstempelung nicht ermächtigten Anstalt darf nicht als Erfüllung dieser Verpflichtung angesehen werden.

Die ämtliche Ueberstempelung darf nicht vorgenommen werden, wenn die Blankette schon die Unterschrift des Ausstellers oder des Acceptanten oder beider trägt.

Ebenso kann die Stempelpflicht dadurch giltig erfüllt werden, dass das Datum der Ausstellung und der Name des Ausstellers von diesem selbst, und zwar ersteres in den oberen, letzterer aber in den unteren Theil der Stempelmarke, und im Falle der Verwendung von mehr als einer Stempelmarke in jede derselben eingetragen wird.

Der Name des Ausstellers kann bei Verwendung von mehr als Einer Stempelmarke auch nur einmal über die Marken geschrieben werden, wenn dadurch eine Ueberschreibung aller Marken stattfindet.

3. Auf die eine oder andere dieser unter 2. angegebenen Arten ist, wenn die Ausstellung eines Wechsels auf einer ämtlichen Blankette erfolgen soll, deren Stempel der vorschriftmässigen Gebühr nicht entspricht, auch der noch zu leistende Rest der vorschriftmässigen Gebühr zu entrichten.
4. Soweit es sich um im Auslande ausgestellte Wechsel handelt, ist die Stempelmarke auf dem Rücken des Wechsels, und wenn ausländische Indossamente vorhanden sind, unmittelbar unter dem letzten ausländischen Indossament zu befestigen und entweder die ämtliche Ueberstempelung zu bewirken, oder in die Stempelmarke das Datum der Befestigung derselben und der Name derjenigen Person, welche zuerst im Inlande einen rechtsverbindlichen Act vornimmt oder auf den Wechsel aufträgt, oder falls ein solcher noch nicht stattfand und es sich um im Auslande ausgestellte, im Inlande zahlbare

Wechsel handelt, derjenigen Person, bei welcher sich der Wechsel beim Eintritte seiner Stempelpflicht befindet, von dieser selbst auf die obige Art einzutragen.

Die Ueberschreibungen der Stempelmarke sind nur als Erfüllung der Stempelpflicht anzusehen und entbinden nicht von der rechtsförmlichen Datirung und Fertigung des wechselrechtlichen Actes, im Grunde dessen die Gebühr zu entrichten ist.

5. Wenn die Stempelpflicht den Betrag von 25 fl., mit Einschluss des ausserordentlichen Zuschlages, übersteigt, kann die unmittelbare Entrichtung der Gebühr bei den zur Gebührenbemessung bestimmten Aemtern stattfinden, in welchem Falle die Entrichtung derselben auf der Wechselblankette, und wenn es sich um einen im Auslande ausgestellten Wechsel handelt, auf diesem selbst zu bestätigen ist.

Auf andere als die oben erwähnten Arten kann die Stempelpflicht der Wechsel nicht erfüllt werden, daher werden die vorschriftswidrig gestempelten Wechsel als ganz des Stempels entbehrend betrachtet, und es treten in einem solchen Falle die im Cap. III angeführten Straffolgen ein.

Die österreichische Nationalbank und viele grössere Creditinstitute haben beschlossen, die Annahme ordnungswidrig gestempelter Wechsel zu versagen, um sich von der gesetzlichen Verantwortung zu schützen, wodurch die Parteien genöthiget sind, nachträglich die Stempel auf vorgeschriebene Weise selbst zu verwenden, und sich die Bestimmungen des Gesetzes in Zukunft gegenwärtig zu halten. (Finanz-Ministerial-Erlass vom 4. Juni 1864 Z. 2334 F. M.)

P o r t u g a l.

Das portugiesische Gesetz ordnet an, dass für die Wechsel ämtlich gestempelte Blanketten (*sêllo a tinta de oleo*) oder Stempelmarken (*sêllo de estampilha*) verwendet werden, bei Strafe der absoluten Nullität und der Ausschlussung von jeder gerichtlichen oder öffentlichen Amtshandlung.

Die Wechsel sind ausgeschlossen von der für andere stempelpflichtige Urkunden gestatteten Entrichtung der Abgabe durch Bareinzahlung gegen Bestätigung am Documente.

Die Marke, oder wenn deren mehre sind, alle, müssen von den dazu Verpflichteten (s. Cap. I) überschrieben und in jede das Datum eingetragen werden, an welchem dieser Act vorgenommen wurde.

R u s s l a n d.

Es bestehen 16 Kategorien von Stempelpapier, von 5 Kopeken bis 15 Rubel. Lautet das Document auf eine höhere Summe als 20,000 Rubel, welcher der höchste Stempelbogen von 15 Rubel entspricht, so muss es auf mehrere Blätter geschrieben werden, bis die volle Summe der Abgabe erreicht ist, eine gewiss höchst lästige Massregel, der man durch Einführung von Stempelmarken leicht ausweichen könnte.

Ausländische in Russland zahlbare Wechsel werden dadurch versteuert, dass das im Inlande stattfindende Accept oder erste Indossament auf einen der Urkunde beizuschliessenden Stempelbogen geschrieben wird.

S c h w e d e n.

Die Entrichtung der Abgabe kann durch Verwendung von amtlichen Blanquetten oder dadurch geschehen, dass die Privaten ihre eigenen Blanquetten vor Ausfertigung der Urkunde dem Staatscomptoir gegen Barzahlung der Steuer zur Abstempelung einreichen, ebenso durch Makulirung von Stempelmarken, welche mit dem Datum des Ausstellungstages überschrieben werden müssen.

S p a n i e n.

Es gibt überhaupt Stempelpapier, Marken, sowie eigene gestempelte Formulare für Strafbeträge, für Ersatz defraudirter Stempelbeträge (papel sellado de reintegro) und für Matrikeln.

Die für die „documentos de giro“ bestimmten eigenen und ausschliesslich für dieselben zu verwendenden Stempelmarken drücken ausser ihrem Werthe auch die Summe aus, auf welche das Effect lauten kann — eine nachahmenswerthe Einrichtung, welcher freilich der Uebelstand entgegensteht, dass Stempelzeichen der einen Gattung zur Entrichtung der Stempelabgabe anderer Natur, z. B. im Gerichtsverfahren, gültig nicht verwendet werden können.

Auch Private können ihre Blanquetten vor Ausstellung des Wechsels der Behörde zur Beidrückung des Stempels einreichen und so die Abgabe entrichten.

Der Aussteller erfüllt seine Steuerpflicht, indem er Datum und Unterschrift über das Stempelzeichen schreibt. Kaufleute können den Stempel auch durch Aufdrückung ihrer Privatstampiglie gültig verwenden.

Capitel III.

Strafbestimmungen für Gesetzesübertretungen.

Belgien.

Jeder Inländer, dessen Unterschrift auf einem gar nicht oder mangelhaft versteuerten Werthpapiere befindlich ist, sowie jeder Agent oder Makler, durch dessen Vermittlung ein solches Papier verhandelt wurde, unterliegt einer Geldstrafe von 5% des durch den Stempel nicht gedeckten Werthes des Papiers.

Alle Uebertreter haften solidarisch für die Gebühr und die von den Einzelnen geschuldeten Geldstrafen.

Wer ein nicht versteuertes Effect zur Zahlung präsentirt oder dafür die Valuta empfängt, verfällt in eine Busse von 5% des Werthes des Effectes.

Der Minimalbetrag aller obenerwähnten Geldbussen ist 5 Francs.

Den zehnten Theil der Wechselsumme, mindestens aber 300 Francs, entrichtet Derjenige als Strafe, welcher eine in Belgien stattgefundene Ausstellung oder ein solches Indossament fälschlich von einem ausländischen Orte datirt, um auf solche Art die Abgabe zu umgehen.

Dänemark.

Die Geldstrafe beträgt das Hundertfache der verkürzten Gebühr, somit durchschnittlich und im Falle der gänzlichen Unterlassung der Versteuerung $1\frac{2}{3}\%$ vom Werthe des Papiers.

Zur Erlegung des Strafbetrages sind alle Diejenigen solidarisch verpflichtet, deren Unterschriften dem Documente vor bewirkter Versteuerung beigesetzt wurden.

Das Minimum der Strafe ist auf 20 Rd. festgesetzt.

Welche Gesetzesübertretungen den Verlust der Wechselprärogative nach sich ziehen, entnehme man aus dem Cap. I.

England.

Erst das Gesetz vom 9. August 1854 (17. et 18. Vict. Art. V. VI.) hat angeordnet, dass alle aus dem Auslande kommenden, sowie jene inländischen Wechsel, aus denen ersichtlich ist, dass sie in mehreren Exemplaren ausgestellt werden sollen, bei unterlassener oder mangelhafter Erfüllung der Stempelpflicht nicht eingeklagt werden können, bevor nicht nachträglich die Abgabe entrichtet worden ist.

Hinsichtlich der in einem einzigen Exemplare ausgestellten inländischen Wechsel besteht jedoch noch die frühere, durch keine nachträgliche Anordnung aufgehobene Vorschrift (55 George III Art XI), wornach jeder Aussteller, Acceptant oder Einlöser eines solchen Effectes zwar in eine Geldbusse von 20 L. St. verfällt, ohne dass er jedoch seines aus dieser Urkunde entspringenden Klagerechtes auch nur zeitweilig verlustig wird.

Wer einen ausländischen Wechsel ohne Verwendung des Adhäsivstempels auszahlt, indossirt, überträgt oder negotiirt, verfällt in eine Geldstrafe von 50 L. St., und niemand, der einen solchen ungestempelten Wechsel an Zahlungsstatt, als Sicherstellung, als Kaufpreis oder im Grunde eines anderen Titels erhält, kann sein aus diesem Wechsel entspringendes Recht geltend machen, bevor dem Stempelangel nicht abgeholfen ist.

In eine Busse von 100 L. St. verfällt Derjenige, welcher in Grossbritannien einen zur Ausstellung in mehreren Exemplaren bestimmten Wechsel emittirt, ohne jedes Exemplar vorschriftsmässig zu versteuern, oder wer ein ungestempeltes Duplicat im Königreiche weiter begibt. Der Besitzer eines solchen nicht versteuerten Papieres, aus welchem Titel immer dasselbe in seine Hände gelangt sei, hat so lange kein Klagerecht zur Geltendmachung des bezüglichlichen Rechtsanspruches, bis er nicht die sämtlichen zur Ausstellung gelangten Exemplare dieses Papieres, vorschriftsmässig versteuert, besitzt.

Wer auf ein Bankhaus gezogene Cheques oder auf Sicht laufende Ordrepapiere über eine Entfernung von 15 englischen Meilen hinaus, welche in gerader Linie zwischen dem Ausstellungsorte und dem Sitze des Bezogenen zu rechnen sind, versendet oder annimmt, ohne dass dieselben mit dem für Wechsel festgesetzten Stempel versehen sind, verfällt in eine Strafe von 50 L. St.

Die Unterlassung der Verwendung des fixen Penny-Stempels für Sichtwechsel auf Private zieht eine Strafe von 20 L. St. nach sich.

Unrichtige Angabe des Ausstellungsortes oder des Datums eines Sichtwechsels auf Banquiers verursachen sowohl für den Aussteller, als für den Banquier, der das Effect in Kenntniss der darin enthaltenen Unrichtigkeiten einlöst, eine Busse von je 100 L. St.

In Criminalprocessen kann jedoch auch über ungestempelte Werthpapiere verhandelt werden.

F r a n k r e i c h .

Die Geldstrafe für unterlassene oder nicht genügende Stempelung (in letzterem Falle hinsichtlich des durch den Stempel nicht gedeckten Theilbetrages) beträgt 6% der Wechselsumme für jeden Uebertreter, und zwar für den Trassanten, Acceptanten und ersten Indossanten. Die Minimalgeldstrafe beträgt 5 Francs.

Wenn somit alle drei als Schuldige zu betrachtenden Personen zur Verantwortung gezogen werden, beträgt das Totale der zu verhängenden Stempelstrafen 18% der Wechselsumme.

Die Uebertreter haften in solidum für Stempel und Strafe; der Inhaber, welchem der Wechsel beanständet wurde, muss diese Beträge erlegen und hat gegen die oben Bezeichneten das Regressrecht.

H e s s e n .

Die unterlassene Versteuerung eines Wechsels in Rheinhessen wird in jedem einzelnen Falle mit einer Busse von 2 fl. 30 kr. bestraft.

In den zum norddeutschen Bunde gehörigen Gebietstheilen gelten die bezüglichen Bundesvorschriften.

I t a l i e n .

Die Wechsel, Ordrebrieve und anderen kaufmännischen Anweisungen, welche nicht vorschriftsmässig versteuert werden, geniessen keine der von den bürgerlichen und Handelsgesetzen für Wechsel angeordneten Prärogative, können daher nur wie gemeine Schuldscheine geltend gemacht werden, insoferne sie überhaupt die Eigenschaften derselben besitzen, andernfalls sind sie ganz nichtig.

Wenn der Verlust der Wechselprärogative nicht von den Parteien selbst im Laufe der Gerichtsverhandlung behauptet worden ist, müssen die Richter von Amtswegen darauf erkennen.

*

Ungestempelte oder mangelhaft versteuerte Wechsel können aber nicht einmal als Schuldscheine geltend gemacht werden, bevor nicht die ausserordentliche Gebühr und die Strafe entrichtet sind.

Die Geldbusse beträgt das Hundertfache der verkürzten Gebühr, keinesfalls weniger als 25 L. und trifft sowohl den Aussteller, Acceptanten, Indossanten, als auch jeden Wechsel-Bürgen, Inhaber und Denjenigen, der ein solches Papier einlöst, jeden für sich.

Die hier genannten Personen haften auch noch solidarisch für die den Mitschuldigen auferlegten Geldstrafen.

Niederlande.

Im Falle der unterlassenen Erfüllung der Stempelpflicht beträgt die Geldstrafe 10% der Wechselsumme, bei unzureichender Versteuerung 10% jenes Theilbetrages dieser Summe, welcher durch die verwendeten Stempelzeichen nicht gedeckt ist.

Ausserdem ist die verkürzte Gebühr zu entrichten.

Die Geldstrafe wird nur einmal eingehoben, und haften dafür, so wie für die Abgabe alle Diejenigen solidarisch, deren Unterschriften auf dem Werthpapiere erscheinen.

Norddeutscher Bund.

Uebertretungen der Wechselstempelvorschriften werden mit einer Geldstrafe im fünfzigfachen Betrage der verkürzten Abgabe geahndet.

In diese Busse ist Jeder verfallen, welcher die ihm obliegende Versteuerung eines Wechsels (s. Cap. I.) unterlassen hat, ebenso alle inländischen Makler oder Unterhändler, welche wissentlich un versteuerte Wechsel verhandelt haben.

Die Umwandlung uneinbringlicher Geldbussen in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Auch darf zur Eintreibung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurtheilten, insofern derselbe ein Inländer ist, kein Grundstück executiv veräussert werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wenn die Stempelpflicht der Wechsel nicht erfüllt wurde, sei es, dass die Gebühr nicht, oder nicht im gesetzlichen Betrage, sei es, dass sie nicht auf vorschriftsmässige Art entrichtet wurde, wird das Zehnfache des Betrages, um welchen das Stempelgefälle verkürzt wurde, ohne Einleitung eines Strafverfahrens von Demjenigen oder



Denjenigen zur ungetheilten Hand eingehoben, welche zur Entrichtung der Abgabe verpflichtet sind, oder für dieselben zu haften haben.

Für die der höheren Gebühr (Scala II, s. Cap. IV) unterworfenen Wechsel und anderen Urkunden beträgt die Geldstrafe nur das Dreifache der gar nicht, unvollständig, oder vorschriftswidrig entrichteten Abgabe.

Sowohl in der als Strafe eingehobenen zehnfachen, als in der dreifachen Gebühr ist die ordentliche Abgabe bereits enthalten (Finanz-Ministerial-Erlass vom 12. März 1866 Z. 10883). Die Busse beläuft sich also bloss auf das Neunfache, bezüglich Zweifache der ordentlichen Steuer.

P o r t u g a l.

Absolute, durch keine Nachtragszahlung mehr gutzumachende Nullität trifft das gar nicht oder ungenügend gestempelte kaufmännische Werthpapier. (S. die im Cap. V. enthaltenen Schlussbemerkungen.) Es existiren somit keine Geldstrafen für Wechselstempelüber tretungen.

R u s s l a n d.

Bei Urkunden, die in Russland auf in Russland lebende Personen ausgestellt sind, zahlen Aussteller und Empfänger, bei Verschreibungen, die in Russland auf im Auslande befindliche Personen ausgefertigt sind, nur die Aussteller, und bei Werthpapieren, die im Auslande ausgestellt sind, der erste inländische Empfänger oder Acceptant die 25fache Gebühr, wenn überhaupt gar keine Gebühr gezahlt worden ist, und wenn diese Zahlung nicht vollständig geleistet ist, den 25fachen Betrag des Fehlenden.

S c h w e d e n.

Die Strafe für die Begebung ungestempelter oder mangelhaft versteuerter Wechsel trifft den Aussteller, und beträgt 25 Rdlr; hat derselbe die Stempelzeichen verwendet, aber unterlassen dieselben zu überschreiben, so beläuft sich seine Geldbusse auf 5 Rdlr.

S p a n i e n.

Das frühere Stempelgesetz vom 8. August 1851 hatte als Folge der unterlassenen Stempelung der girirbaren Effecten Nullität festgesetzt.

In dem zum königl. Decrete von 12. September 1861 erstatteten Einbegleitungsberichte¹⁾ hat der Finanz-Minister Salaverria das Unpassende dieser Maassregel motivirt, und wurden in Folge dieses Antrages die gegenwärtig geltenden, sogleich zu erwähnenden Strafsanctionen für Uebertretungen der Wechselstempelsteuer erlassen.

Der Aussteller muss die verkürzte Abgabe durch Lösung des entsprechenden Ersatz- oder Erfüllungsstempels erlegen und ausserdem deren Zehnfaches als Strafe entrichten.

Der Acceptant, sowie jeder Indossant, und der Einlöser eines ungestempelten Wechsels entrichten die einfache Abgabe als Ersatz, und ausserdem deren Vierfaches als Geldstrafe.

Diese Anordnung ist insoferne unlogisch, als die einfache Gebühr als solche mehrmals ersetzt werden muss.

Wenn ein aus dem Auslande kommender Wechsel ungestempelt bleibt, fällt die Entrichtung der einfachen Abgabe sowie der Strafe des Vierfachen derselben jedem der inländischen Indossanten, sowie Demjenigen zur Last, der ihn zur Zahlung präsentiert.

Die Stempelstrafen werden in der Regel dadurch entrichtet, dass der Uebertreter angehalten wird, das eigens zu diesem Zwecke bestehende Stempelpapier (*papel de multas*) in einem der dictirten Geldstrafe entsprechenden Betrage der Finanzbehörde zu übergeben, welche das Straferkenntniss darauf ausstellt, und der Partei eine Bestätigung über den Erlag einhändigt.

Barzahlung der Geldstrafe anzunehmen ist den Behörden verboten.

Nur hinsichtlich der auf „*documentos de giro*“ Bezug nehmenden Strafen kann auch, immer mit Ausschluss der Barzahlung, die Stempelmarke, oder das Ersatzstempelpapier (*papel de reintegro*) verwendet werden. Diese Stempelzeichen müssen der beanstandeten Urkunde beigeschlossen, von der Partei überschrieben, und auf denselben bemerkt werden, dass sie zur Entrichtung der Geldstrafe verwendet wurden.

¹⁾ S. Novísimo prontuario para el uso del papel sellado, por Eusebio Freixa y Rabasó, Zaragoza 1865, lib. Vicente Andrés.

Tabellarische Zusammenstellung

der in den verschiedenen Staaten Europas bestehenden Rechtsfolgen für gänzliche oder theilweise Unterlassung der Entrichtung der Abgabe für Wechsel.

Name des Staates	Straffolge für unterlassene oder mangelhafte Versteuerung	Zur Zahlung der Geldstrafe ist verpflichtet:
Belgien	Geldstrafe von 0·05 der un versteuerten Wechselsumme; Minimum 5 Fres.	Jeder, dessen Unterschrift auf dem Wechsel ersichtlich ist.
Dänemark	Durchschnittlich beträgt die Geldbusse 0·016 des Wechselbetrages; Minimum 20 Rd.	Alle Unterzeichner eines un versteuerten Effectes in solidum.
England	Für inländische in einem einzigen Exemplare ausgestellte Wechsel fixe Geldstrafe von 50 L. Für ausländische in England negotirte Effecten: Geldstrafe von 50 L. Für inländische, in mehr als Einem Exemplar auszustellende Effecten: Geldstrafe von 100 L.	Der Aussteller, Acceptant und Einlöser, jeder abgesondert. Jeder, der einen solchen Wechsel indossirt, negotirt oder einlöst. Der Aussteller und jeder Indossant.
Frankreich	Geldstrafe von 0·06 des Werthes des Effectes, als Minimum 5 Fres.	Der Aussteller, Acceptant und erste Indossant, jeder für sich.
Hessen (Provinz Rheinhessen)	Fixe Geldstrafe von 2 fl. 30 kr.	Der Aussteller, bei ausländischen Wechseln der erste inländische Indossant.
Italien	Die Wechsel, deren Versteuerung nicht ordnungsmässig geschah, verlieren die <u>wechselrechtlichen</u> Prärogative. Ausserdem Geldstrafe von 0·0275 der Wechselsumme bei ausländischen im Auslande zahlbaren, von 0·055 bei allen anderen Wechseln.	Jeder, dessen Unterschrift auf der Urkunde erscheint oder der dieselbe einlöst.
Niederlande	Geldbusse von 0·1 des durch den Stempel nicht gedeckten Wechselbetrages.	Die Strafe wird nur einmal eingehoben, zu Lasten aller Signanten des Wechsels, welche hiefür solidarisch haften.
Norddeutscher Bund	Geldstrafe von 0·025 der Wechselsumme.	Jeder, der die ihm obliegende Versteuerung unterlassen hat, und jeder Unterhändler, der die Urkunde negotirte, für sich.
Oesterreich-Ungarn	Für die der Scala I. zugewiesenen Wechsel (s. Cap. IV.) durchschnittlich 0·0075, für alle andern 0·00625 des Nominalwerthes des Wechsels.	Die Busse wird nur einmal entrichtet, und sind hiezu alle solidarisch verpflichtet, denen die Bezahlung der ordentlichen Abgabe oblag.
Portugal	Absolute Nullität.	
Russland	Die Geldstrafe beträgt 0·01875 des durch den Stempel nicht gedeckten Werthes des Wechsels.	Ist die Urkunde im Auslande ausgestellt, der erste inländische Acceptant oder Indossant, andernfalls der Aussteller.
Schweden	Fixe Geldstrafe von 25 Riksdaler, wurden aber die Stempelzeichen vorschriftswidrig verwendet, von 5 Rdr.	Der Aussteller.
Spanien	Ist das Effect im Inlande ausgestellt, Geldstrafe im zehnfachen Betrage der Abgabe (also innerhalb des Scalenmaximums 0·005 von der Wechselsumme). Das Vierfache der Steuer (durchschnittlich 0·002 des Wechselbetrages). Wurde das Document im Auslande ausgestellt, beträgt die Geldstrafe das Vierfache der Abgabe (durchschnittlich 0·002 von der im Wechsel ausgedrückten Summe).	Der Aussteller. Der Acceptant, jeder Indossant, und der Einlöser. Jeder Indossant abgesondert. Alle hier angeführten Personen sind zugleich, jede für sich, zur Entrichtung der ordentlichen Gebühr verpflichtet.

urn:nbn:de:zbw-8259670906

Capitel V.

Schlussbemerkungen und Vorschläge des Verfassers.

Thatsächlich besteuern fast alle Staaten Europa's die dem Handelsverkehre dienenden Werthpapiere mit einer geringeren Abgabe, als jene Urkunden, welche Vermögensübertragungen, Zahlungsverprechen, oder Rechtsbefeestigungen enthalten und nicht zum speciellen kaufmännischen Gebrauche bestimmt sind.

Ganz eminent und allgemein tritt diese Erscheinung hinsichtlich der Wechsel hervor, welchen fast überall besondere Erleichterungen hinsichtlich der Gebühr zugestanden wurden.

Es entsteht nun die Frage:

Welche Urkunden sind vom Standpuncte der Finanzwissenschaft hinsichtlich der denselben aufzuerlegenden Gebühr den Wechseln gleichzuhalten?

Die Steuer auf den Verkehr, bezüglich auf den durch diesen erzielten Ertrag als rationell vorausgesetzt, muss die Abgabe bei einem oftmaligen, aus jeder einzelnen Operation nur einen beschränkten Gewinn bringenden Umsatze der Werthe proportionell vermindert werden, weil sie sonst bei ihrer öfteren Auflage zu drückend würde.

Die kurzen Termine, auf welche Wechsel im Gegensatze zu anderen, nicht kaufmännischen Zahlungsverprechen lauten, der allgemeine Gebrauch, den man von diesem der Banknote ähnelnden Papiere macht, erklären den Umstand, dass alle Gesetzgebungen den Wechseln Erleichterung in der Steuer bewilliget haben.

Das Wesen dieses Effectes und sein Unterschied von anderen Ordre- und Inhaberpapieren liegt in der Bezeichnung als Wechsel, in dem dadurch bedingten wechselgerichtlichen Verfahren, welches den Wechselforderungen, die stets auf eine Geldsumme lauten müssen,

eine beschleunigte und gesicherte Execution verschafft, endlich in der wechselfähigen Mithaftung der Indossanten.

Diese Umstände sind es, welche dem Wechsel seinen hauptsächlichsten Werth verleihen; denn die leichte Begebung durch das Giro theilt derselbe mit mehrererlei andern Urkunden, als kaufmännischen Anweisungen vertretbarer Sachen auf Ordre, Ladescheinen, Auslieferungsscheinen, Cheques, Connossementen, Bodmereibriefen, Seeassuranzpolizzen, gewissen Actien und Actientheilen etc., ohne dass diese Eigenschaft der Indossirbarkeit den eben genannten Effecten im Handelsverkehre die Wichtigkeit und Bedeutung der Wechsel oder auch nur die Verwendung statt derselben verschafft hätte.

Auch das Moment der Acceptation ist es nicht, welches allein dem Wechsel seine Brauchbarkeit im Handelsverkehre verleiht; denn wenn man auch zugeben muss, dass die eigenen (trockenen) Wechsel nur äusserst selten in der commerziellen Circulation vorkommen, so wird andererseits von den acceptirbaren kaufmännischen Assignationen nur ein sehr beschränkter Gebrauch gemacht.

Der Verfasser ist daher der Ansicht, dass nur die Wechsel an und für sich die Begünstigung des billigsten Tarifes geniessen sollen, mit Ausschliessung aller anderen Urkunden, ohne Unterschied, ob deren Weiterbegebung durch Indossirung erfolgen, ob zu deren Realisirung ein Protest erhoben werden könne, oder nicht.

In fernerer Berücksichtigung des Umstandes, dass der aus dem Verkehre entspringende Gewinn des Kaufmannes überall auch durch directe Steuern (Erwerb-, Patent-, Einkommen-Steuer u. dgl.) belastet wird, ist das Postulat billig: Mit Aufrechterhaltung eines Minimal-satzes für die Wechsel seien alle jene Urkunden, welche eine aus Handelsgeschäften herrührende Uebertragung einer Summe oder Anerkennung einer Schuld enthalten, einer mässigeren Abgabe zu unterziehen, als jene Documente gleichen Inhaltes, welche nicht dem kaufmännischen Verkehre ihren Ursprung verdanken.

Das Verhältniss der drei Tarife unter sich wäre durch die speciellen Verhältnisse des Landes, für welches das Gesetz erlassen wird, bedingt.

Nicht ohne Grund haben einzelne Gesetzgebungen den über eine bestimmte Zeit (6 Monate, 1 Jahr, u. dgl.) laufenden Wechseln die Steuer-Begünstigung entzogen, denn derlei Papiere kommen im kaufmännischen, wenigstens im internen europäischen Verkehre nur

ausnahmsweise vor, und werden meistens an der Stelle eines Schuld-scheines emittirt.

Einige Staaten behandeln die Sichtwechsel und Anweisungen auf den Ueberbringer in Bezug auf die Abgabe verschieden von den nicht auf Sicht lautenden Werthpapieren.

England und Dänemark gewähren den ersteren die Erleichterung einer ganz niederen vom Werthe des Effectes unabhängigen Abgabe; Oesterreich beschränkt diese Maassregel ganz richtigerweise auf die kaufmännischen Anweisungen und die Cheques, andere Staaten begünstigen in gleicher Weise bloss die Cheques, schliessen daher von der billigeren Abgabe andere Sichtenweisungen als solche aus, welche der Inhaber eines Bankfolio's auf seine Bank zieht.

Obgleich die überwiegende Mehrzahl der Staaten Europa's den Grundsatz der fixen Gebühr für alle Sichtenweisungen nicht acceptirt hat, hält ihn doch der Verfasser für den allein richtigen.

Anweisungen nach Sicht oder auf den Ueberbringer sind eigentlich die Handlung der Bezahlung, der Geldanschaffung, und würden bei hoher Besteuerung aus dem Verkehre verschwinden, da bei den jetzt bestehenden billigen, und immer wohlfeiler werdenden Portosätzen bei Werthsendungen die Uebermittlung von Barbeträgen vorgezogen würde.

Es soll nicht übersehen werden, dass die Wechsel, welche auf ganz kurze Sicht lauten, als eigentliche Geldsendungen zu betrachten sind, die sich besonders darum einbürgerten, weil die Gefahr des Verlustes oder der Beraubung beseitigt wird, und da sie in dieser Weise dem Verkehr eine Erleichterung gewähren, kann es nicht die Aufgabe der Steuergesetze sein, diese Bequemlichkeit durch einen hohen Stempel zu vernichten.

Daher ist der Verfasser der Ansicht: der Ein-Penny-Tarif für Sichtwechsel und Anweisungen ist ganz rationell, und verdient überall, wo er noch nicht besteht, eingeführt zu werden.

Da auch beim Vorhandensein mehrerer Wechsel-exemplare nur ein einziger Verkehrsact vorgenommen wird, ist es nach des Verfassers Ansicht nicht begründet, für die weiteren Wechsel-exemplare irgend eine Abgabe zu fordern; doch müsste auf allen Duplicaten bemerkt sein, welches Exemplar mit dem gesetzlichen Stempel versehen ist, und müsste dieses bei behördlichem Gebrauche dem ungestempelten Pare beige-schlossen werden.

Giri und alle anderen Wechselklärungen wären nicht abgesehen zu besteuern, weil die ursprünglich für den Wechsel entrichtete Gebühr schon den Gewinn trifft, den spätere Signanten etwa erlangen, und weil eine solche schon an und für sich ungerechtfertigte Massregel unberechenbare Hindernisse für den Wechselverkehr herbeiführen würde.

Dagegen ersetzt die Prolongation die Ausstellung einer neuen Urkunde, und wäre daher billigerweise auch wie eine solche zu besteuern.

In Analogie mit einer Bestimmung des Wechselsteuergesetzes im Norddeutschen Bunde wäre es rationell, die im Ausland ausstellten und daselbst zahlbaren Wechsel, ebenso die vom Inlande auf das Ausland gezogenen Wechsel, letztere wenn sie vom Aussteller direct in das Ausland remittirt werden, von der Abgabe zu befreien. Denn eine Controlle über die Erfüllung der für dieselben allenfalls bestehenden Steuerpflicht ist nur in seltenen Fällen möglich, wie auch bekannt ist, dass eben aus diesem Grunde selbst in Ländern, wo dazu die Verpflichtung besteht, fast Niemand diese Wechsel versteuert. Durch den Bestand von Vorschriften, deren Erfüllung stets oder in den meisten Fällen uncontrollirbar ist, und daher unterbleibt, leidet auch der Sinn für die Gesetzlichkeit.

Wer ist zur Entrichtung der Abgabe zu verpflichten?

Das Werthpapier entsteht durch den Act der Ausstellung. In diesem Momente, und von demjenigen, der ihn vornimmt, soll die Gebühr entrichtet werden.

Unterlässt er dies zu thun, so möchte es sich als billig und zugleich den Eingang der Abgabe fördernd empfehlen, wenn die Gesetzgebung gestatten würde (wie es in Norddeutschland und Spanien der Fall ist), dass der Acceptant und jeder Indossant oder Inhaber den einfachen Stempel giltig verwenden könne, indem er auf dem bisher ungestempelten Papiere die der einfachen Gebühr entsprechende Marke ankleben, und mit seiner Unterschrift und dem Datum überschreiben sollte. Hierdurch würden er und alle späteren Wechselinhaber jeder Strafhaftung enthoben, während gegen alle Vordermänner mit dem Strafanspruche vorgegangen werden müsste.

Das französische „Visa pour timbre“ (s. Cap. I), bei welchem der erste Empfänger eines ungestempelten Wechsels dadurch alle Straffolgen, selbst für den Aussteller vermeiden kann, dass er das Effect von der Behörde gegen Entrichtung des Dreifachen der ur-

sprönglichen Abgabe vidiren lässt, und sodann den entrichteten Betrag der Wechselsumme zuschlägt, empfiehlt sich durch seine Einfachheit; jedoch ist nicht gut abzusehen, warum der erwähnte Wechselinhaber ein Mehrfaches der Abgabe vorschussweise erlegen soll, da doch ihn kein Verschulden an der von dem Aussteller unterlassenen Entrichtung der Steuer trifft.

Der zuerst erwähnte Vorgang scheint der billigste, die Abgabe am meisten sichernde zu sein, besonders wenn man die Strafsanction in der Art feststellen würde, dass der Aussteller, als Hauptschuldiger der Uebertretung, mit einer höheren Geldstrafe, z. B. 5% der Wechselsumme, jeder andere Signant eines unversteuerten Effects hingegen für sich mit einer Busse etwa von $\frac{1}{2}$ bis 1% des Wechselbetrages belegt würde.

Die Höhe der Geldstrafen müsste sich nach den wirthschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Länder richten. Man entnimmt aus der dem Cap. III beigefügten Uebersicht, wie hoch derzeit die Strafsätze in den verschiedenen Staaten normirt sind.

Die Entrichtungsart der Abgabe anbelangend, sollte den Parteien die möglichste Erleichterung geboten werden; es mögen Privatblanketten gegen Zahlung des Betrages der Steuer zur ämtlichen Abstempelung zugelassen, ämtliche Blanketten in Verschleiss gesetzt, und der Gebrauch der Stempelmarken ohne Beschränkung gestattet werden.

Das eigenthümliche System Spaniens und Belgiens, für jede einzelne Gattung der stempelpflichtigen Urkunden eigene Stempelzeichen anzuordnen, gestattet es, auf den für Wechsel Bestimmten die Summe auszudrücken, für welche das Stempelzeichen genügt. Hierin liegt allerdings eine Erleichterung für das Publicum, auch kann die Staatsverwaltung genau erheben, zu welchen Theilbeträgen die einzelnen Gattungen der stempelpflichtigen Ausfertigungen an dem Ertrage der Abgabe participiren: allein das Bestehen von verschiedenerlei Stempelzeichen ist schliesslich eine Belästigung der Steuerzahler, welche sich vielleicht die benöthigte Gattung nicht sogleich verschaffen, und andere in ihrem Besitze Befindliche nicht gültig verwenden können.

Was die rechtlichen Folgen der Nichtentrichtung der Gebühr betrifft, so ist die in Portugal bestehende absolute, durch nichts

wieder gut zu machende Nullität der gar nicht, oder mangelhaft versteuerten Werthpapiere eine zu harte Massregel, wenn man bedenkt, dass es Fälle geben kann, wo die Beischaffung des Stempelzeichens unmöglich, die Emission der Urkunde aber dringend nothwendig ist.

Es wäre daher zunächst die Uebertretung bloss durch eine Geldstrafe zu ahnden. Doch müsste jedenfalls dieselbe nebst der Gebühr eingezahlt und der Ausweis hierüber bei der Behörde beigebracht worden sein, ehe diese letztere über ein gar nicht oder ungenügend versteuertes Papier eine Amtshandlung vornehmen dürfte. Die in Oesterreich-Ungarn bestehende Norm erscheint als im fiscalischen Interesse ungenügend; es ist hier bloss erforderlich, dass der Stempelangel des Documentes der Finanzbehörde zur Straftamtshandlung angezeigt wurde, damit die richterliche Hilfe dem Wechselinhaber ohne Verzug zu Theil werde. Bis das Straferkenntniss geschöpft, alle Manipulationen mit dem Acte durchgeführt, allenfalls auch noch zur Hereinbringung der Gebühr und Strafe ein oder mehrere Executionsgrade in Anwendung gebracht werden, verstreichen Monate; manche Beträge müssen als uneinbringlich gestrichen werden; alles dieses entfele, wenn die Behörden und Gerichte erst nach erfolgter Erlegung der Abgabe und Busse über die Urkunden verhandeln dürften, wie dies auch die meisten europäischen Gesetzgebungen vorschreiben.

Der Stempeltarif für Werthpapiere sei einfach, klar und übersichtlich. Dieser Anforderung entspricht jener des norddeutschen Bundes vollkommen.

Es ist nicht räthlich, kleinere, eine bestimmte Summe nicht erreichende Papiere von der Abgabe frei zu lassen, sonst schleicht sich der Missbrauch ein, dass zur Umgehung der Steuer mehrere kleine, statt Einem grösseren Appoint, ausgestellt werden.

Das frühere preussische Stempelgesetz befreite die Wechsel, welche auf weniger als 50 Thaler lauteten, von der Abgabe, und es waren deshalb Wechsel von 49 Thaler, 29 Sgr, 11 Pf. keine Seltenheit, welche im Verkehre sogar meist für volle 50 Thaler berechnet wurden.

Ganz unrationell ist ein Scalenmaximum, wie es jetzt noch in Spanien und Griechenland besteht. Die Abgabe von Wechseln ist eine Steuer auf den durch den Verkehr erzielten Gewinn. Da aber letzte-

rer unter regelmässigen Umständen im Verhältnisse der Höhe der circulirenden Summe wächst, soll die Abgabe auch proportionell vermehrt werden, und nicht bei einem beliebigen Maximum stehen bleiben. Die Unrichtigkeit einer Maximalsteuer wurde von den Gesetzgebern Englands erst im letzten Jahrzehent erkannt; während das Gesetz von 11. Juli 1815 alle Summen über 3000 L. St. gleich besteuerte, und noch jenes vom 9. August 1854 für alle Werthe von 4000 L. St. aufwärts einen unabänderlichen Steuersatz von 2 L. 5 Sh. normirte, unterwarf das jetzt gültige Gesetz vom 3. April 1860 auch alle höheren Beträge der Proportionalsteuer von $\frac{1}{2}$ p. mille.

Inhalt.

	Seite
VORWORT.	I
CAP. I. Bezeichnung der Werthpapiere, welche der Abgabe unterliegen, und Darstellung der allgemeinen Vorschriften	1
CAP. II. Art der Entrichtung der Gebühr.	17
CAP. III. Strafbestimmungen für Gesetzübertretungen.	27
CAP. IV. Tabellarische Uebersicht der Steuertarife	34
CAP. V. Schlussbemerkungen und Vorschläge des Verfassers.	35



Inhalt

VORWORT	1
ABT. I. Beschreibung der Wertigkeiten, welche der Abgabe unterliegen	1
und Darstellung der allgemeinen Vorschriften	1
ABT. II. Art der Besteuerung der Güter	17
ABT. III. Besteuerungen der Einkünfte	27
ABT. IV. Fiskalische Bedeutung der Einkünfte	34
ABT. V. Schlussbestimmungen und Vorschläge des Verfassers	35



206\$01466119